

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Landtag
Nordrhein-Westfalen
13. Wahlperiode**

**Vorlage 13/2501
A05 + A 06**

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck), 13/4660 (1. Ergänzung) und 13/4860 (2. Ergänzung)

Einzelplan 01 - Landtag

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 01 gemäß § 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

**Hauptberichterstatter
Berichterstatter/in**

Abgeordneter Helmut Diegel
Abgeordnete Gisela Walsken
Abgeordneter Dr. Stefan Grill
Abgeordnete Edith Müller

CDU
SPD
FDP
GRÜNE

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 01 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 01 am 22. Januar 2004

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abgeordneter Helmut Diegel MdL	CDU
Abgeordneter Dr. Stefan Grill MdL	FDP
Abgeordnete Edith Müller MdL	GRÜNE
Ministerialrätin Lohaus	Finanzministerium
Regierungsinspektorin z.A. Huhnen	Finanzministerium
Ministerialrat Donath	Landtagsverwaltung
Oberregierungsrätin Winands	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Der Hauptberichterstatter und die Berichterstatterinnen und Berichterstatter der Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss erörterten am 22. Januar 2004 den Entwurf des Einzelplans 01 für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 mit den zuständigen Vertretern der Landtagsverwaltung und des Finanzministeriums.

Die wesentlichen Ergebnisse der Gespräche sind im vorliegenden Vermerk dargestellt.

3. Kapitel 01 010 - Landtag

Zu Beginn des Gesprächs nannte der Hauptberichterstatter nachfolgend dargestellte Themenkomplexe, zu denen er Erläuterungen des Vertreters der Landtagsverwaltung erbitte:

1. Bauliche Veränderungen im Bereich der Eingangshalle
2. Umbau der Aufzüge und Einbau automatischer Türen
3. Umbau des Besucherempfangs und der Garderobe für Abgeordnete
4. Baumaßnahmen in den Ebenen 5 und 6
5. Auswirkungen der Beschlüsse der Diätenkommission auf den Haushaltsplan

Zu 1.:

Bauliche Veränderungen im Bereich der Eingangshalle

Der Vertreter der Landtagsverwaltung führte aus, der Umbau der Eingangshalle ergebe sich aus einer langjährigen Forderung aus dem Hauptausschuss des Landtags. Das Vorhaben sei wiederholt im Präsidium und im Hauptausschuss mit der Vorstellung von alternativen Lösungen diskutiert worden. Der Hauptausschuss habe ebenfalls gefordert, einen Souvenirshop in der Eingangshalle einzurichten. Darüber hinaus wurde es als organisatorisches und als Sicherheitsproblem angesehen, dass die Besuchertoiletten bisher im Untergeschoss untergebracht waren.

Zu 2.:**Umbau der Aufzüge und Einbau automatischer Türen**

Der behindertengerechte Ausbau des Landtags sei eine Forderung aus dem politischen Raum. Seit dem Jahr 2002 seien Mittel für diesen Zweck im Einzelplan 01 eingestellt, um zum Beispiel automatische Türen einzubauen. Es sei auch beabsichtigt, einen barrierefreien Internetauftritt des Landtags aufzubauen.

Die akustische Durchsage der Etagen sei eine Standardausstattung im Rahmen des behindertengerechten Ausbaus.

Der Umbau des kleinen Aufzugs in der Eingangshalle sei aufgrund von technischen Problemen notwendig gewesen. Da der Aufzugschacht bis in die Tiefgarage reichte, sei dort eine neue Tür eingebaut worden. Dieser Aufzug könne genutzt werden, um zum Beispiel Materialien von der Tiefgarage in das Landtagsgebäude zu transportieren.

Auf Nachfrage erläuterte der Vertreter der Landtagsverwaltung, Baumaßnahmen im Landtagsgebäude würden in den Haushaltsplanentwurf eingestellt, im Präsidium des Landtags festgestellt und ggf. im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Hauptausschuss diskutiert.

Zu 3.:**Umbau des Besucherempfangs und der Garderobe für Abgeordnete**

Siehe Ausführungen unter Ziffer 1

Beim Umbau des Besucherempfangs und der Eingangshalle habe sich eine Verzögerung um rd. acht Wochen ergeben, die durch Auflagen des Bauamtes der Stadt Düsseldorf bei der Genehmigung für den Umbau der Tür verursacht worden seien.

Auf Nachfrage der Berichterstatter führte der Vertreter der Landtagsverwaltung aus, einen Großteil der Kosten für die Baumaßnahmen nehmen die Honorare für die verschiedenen Fachplaner und für die Projektsteuerung ein. Die Berichterstatter beurteilten es kritisch, dass der Landtag noch immer an den Architekten Professor Eller bzw. seinen Sohn gebunden sei. Es sollte nach Auffassung der Berichterstatter juristisch geprüft werden, ob hier eine Veränderung erreicht werden könne.

Die Berichterstatter baten um Erläuterung, aus welchem Grund der Einbau einer Garderobe für Abgeordnete notwendig sei, da die Abgeordneten die Möglichkeit hätten, ihre Garderobe in ihren Büros aufzubewahren. Der Vertreter der Landtagsverwaltung erläuterte, die Verträge zum Umbau der Abgeordnetengarderobe seien bereits abgeschlossen und die Bauausführung fortgeschritten. Die Berichterstatter baten um Klärung, ob von diesen Verträgen Abstand genommen werden könnte. Gegebenenfalls sollte das Präsidium erneut befasst werden.

Zu 4.:**Baumaßnahmen in den Ebenen 5 und 6**

Der Vertreter der Landtagsverwaltung erläuterte, in den Ebenen 5 und 6 des Landtagsgebäudes werde die Verkabelung in der Decke ersetzt. Die Kabel seien 15 Jahre alt und könnten die heute notwendigen Datenmengen zum Beispiel bei Bildübertragungen von Bundestagsdebatten nicht übertragen. Deshalb sei eine Umstellung des veralteten Kabelnetzes notwendig.

Die Büros der Ebene 6 seien mit Kühlanlagen ausgestattet worden. Es handele sich nicht um Klimaanlage.

Weitere Angaben zu den Kosten der Baumaßnahmen zu Ziffern 1 und 4 werden den Berichterstattem nachgeliefert.

Zu 5.:

Auswirkungen der Beschlüsse der Diätenkommission auf den Haushaltsplan

Der Vertreter der Landtagsverwaltung führte aus, der Haushaltsplanentwurf 2004/2005 lege die geltende Rechtslage zugrunde. Auswirkungen der Ergebnisse der Diätenkommission müssten ggf. in einem Nachtragshaushaltsplan veranschlagt werden. Durch die Verkleinerung des Landtags seien im Jahr 2005 bei den Diäten wegen der Notwendigkeit der Zahlung von Übergangsgeldern keine Einsparungen zu erzielen. Minderausgaben würden erst ab 2007 nach dem Auslaufen der Übergangsgelder entstehen.

Die Höhe der Mehrkosten durch die Ergebnisse der Diätenkommission würde von der konkreten Ausgestaltung der künftigen Lösung abhängen. Beträge könnten deshalb derzeit noch nicht genannt werden.

Mittelausstattung der Enquete-Kommissionen

Der Vertreter der Landtagsverwaltung führte auf Nachfrage aus, durch Änderungsanträge im Unterausschuss "Personal" und im Haushalts- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen seien die Titelgruppen für Enquete-Kommissionen und Parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu der Titelgruppe 60 zusammengeführt worden. Die Ansätze seien dabei nicht verändert worden. Bei der Bemessung der Ansätze sei berücksichtigt worden, dass im Jahr 2004 zwei Enquete-Kommissionen ihre Arbeit abschließen werden. Aus diesem Grund würden im Jahr 2004 nur in geringerem Maße Mittel für die Vergabe von Gutachten benötigt. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I verursache derzeit geringe Kosten; die eingestellten Ansätze seien auskömmlich.

Auf Nachfrage des Hauptberichterstatters nach den Mitteln für die Enquete-Kommission "Situation und Zukunft der Pflege in NRW" erläuterte der Vertreter der Landtagsverwaltung, der Titel 546 60 "Vermischte Ausgaben" sei reduziert worden. Aus diesem Titel seien bisher auch Ausgaben für den Einsatz von Gaststenografen finanziert worden. Diese Ausgaben würden nunmehr in dem neuen Titel 541 60 "Kosten für die Durchführung von Kommissionssitzungen" nachgewiesen.

Helmut Diegel
(Hauptberichterstatter)

Dr. Stefan Gröll
(Berichterstatter)

Edith Müller
(Berichterstatterin)